



# BERLINER NOTIZEN

[www.dorothee-schlegel.de](http://www.dorothee-schlegel.de)

Juli 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Freundinnen und Freunde,

**Dr. Dorothee Schlegel**  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages

## Hinweis:

**11.07. 14:00 Uhr:**  
Besuch Bürgerhaus und  
Jugendzentrum Igersheim

**11.07. 19:00 Uhr:**  
Diskussionsrunde beim  
SPD-ÖV Tauberbischofs-  
heim „Die Türkei – ein  
(besonderer) Partner?“,  
Tagungsraum Festhalle, Vitry-  
Allee 7, Tauberbischofsheim  
**Herzliche Einladung an Alle!**

**13.07. 09:30 Uhr:**  
Netzwerk Familie in Tauber-  
bischofsheim

**18.07. 14:00 Uhr:**  
Besuch der Mediathek und  
des Mehrgenerationenhauses  
in Mosbach

**23.07. 17:00 Uhr:**  
Sommerempfang der SPD-  
Baden-Württemberg in  
Stuttgart

Weitere Termine unter:  
[www.dorothee-schlegel.de](http://www.dorothee-schlegel.de)



Im Halbfinale in Marseille sind sich, so Bundestagspräsident Professor Dr. Norbert Lammert, Deutschland und Frankreich auf dem Fußballfeld begegnet. Die französische Mannschaft hat gewonnen.

### Herzliche Gratulation!

Er erinnerte daran, dass sich vor 100 Jahren Deutsche und Franzosen auch begegnet sind – allerdings auf dem Schlachtfeld. Damals haben alle verloren.

**Es gibt also doch ein sich zum Guten veränderndes Europa.**

Denn bei aller Kritik im Detail – **nur ein gemeinsames Europa ist und bleibt unser aller Friedensgarant.** Wir sollten zukunftsorientiert und progressiv für ein modernes, besseres und starkes Europa werben. **Denn: Die SPD steht für mutige Politik.**

Wir sollten alle auch mehr darüber sprechen, **wie die Digitalisierung unsere Kommunikation verändert.** Die **Regellosigkeit im Netz** führt nicht zu mehr, sondern zu weniger individueller Freiheit.

Politik kann ganz leicht sein, wenn man **keine**

**Verantwortung** tragen muss. Wir alle wissen, dass es **keine simplen Antworten auf komplexe Fragen** gibt. Dennoch haben einfache Antworten Hochkonjunktur. **Hemmschwellen werden in besorgniserregender Weise abgebaut.** Dies ist **demokratiegefährdend.** Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe für uns alle, dies im Diskurs deutlich zu machen. Wir müssen Haltung einnehmen, Positionen vertreten und Grenzen aufzeigen.

**Der Populismus ist ein gefährliches Ungeheuer,** wie uns der Brexit in bitterer Weise vorgeführt hat. Hier stimme ich ganz Katarina Barley zu, die gesagt hat. "Der Brexit hat gezeigt, was passiert, wenn man Europa in die Hände von Zauberlehrlingen fallen lässt, die verantwortungslos herumzünden. **Und wenn dann das europäische Haus brennt, dann machen sich die Populisten vom Acker.**"

Eure Dorothee

**SPD**

## Delegationsreise der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe

Nicht lange vor dem jetzt bevorstehenden NATO-Gipfel in Warschau reiste ich vom 13. bis 17. Juni 16 mit der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe ins Baltikum; zunächst für knapp zwei Tage nach Lettland und dann weiter nach Estland.

Unsere Reise brachte uns zusammen mit Parlamentarier\*innen beider Länder. Im lettischen und im estnischen Parlament führten wir Gespräche, so u. a. mit der lettischen Parlamentspräsidentin Inara Murniece. Auswärtige Kulturpolitik, Fragen der Reformation und Belange der großen, vor allem russischen Minderheiten in beiden Ländern wurden in freundlicher Atmosphäre diskutiert. In Estland sind 30 % der Bevölkerung Russen,

entweder mit estnischem Pass oder mit russischem Pass oder staatenlos. Auch in Lettland gehören bei 2 Mio. Einwohnern ca. 770.000 ethnischen Minderheiten an. Ein beherrschendes Thema auf unserer Reise aber war der bevorstehende NATO-Gipfel, von dem ein Signal ausgehen soll: Die Staats- und Regierungschefs wollen tausende Soldaten nach Polen und ins Baltikum entsenden, zur Abschreckung. Moskau hat bereits entsprechende Reaktionen angekündigt. **Wir als SPD-Bundestagsfraktion unterstützen in dieser Frage die Kritik von Bundesaußenminister an NATO-Manövern in Osteuropa:** „Was wir jetzt nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter an-

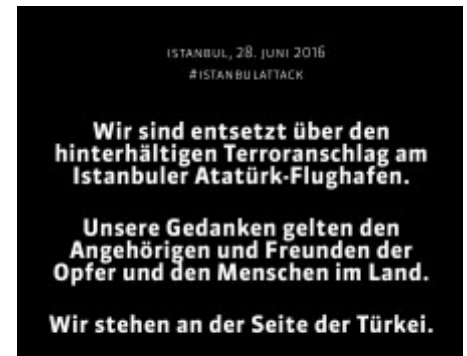
zuheizen“, so Frank-Walter Steinmeier. Die Forderungen besonders Polens und der baltischen Staaten sind teilweise überzogen. Einige haben die Frage einer Atomaufrüstung ins Spiel gebracht. **Die Entspannungspolitik des Ministers ist richtig.** Jetzt sind deutliche Signale nötig. Die Bundesregierung ist gut beraten, wenn sie sich an Steinmeiers Kritik orientiert. Es reicht eben nicht, nur über militärische Fragen zu reden. **Es muss wieder einen Dialog geben.** Den haben wir als Delegation im Baltikum geführt. Und nicht zuletzt zum Jahrestag der Opfer des Kommunismus gedacht und in Riga am Freiheitsdenkmal einen Kranz niedergelegt.

## Terror in der Türkei

Der Terroranschlag auf dem Atatürk-Flughafen in Istanbul hat weltweit Bestürzung ausgelöst. Die Attacke auf den Flughafen in Istanbul ist bereits der fünfte große Anschlag in der Türkei in diesem Jahr.

Die aktuelle Lage in der Türkei ist sehr besorgniserregend. Es zeigt sich, dass die türkische Regierung von den Fehlern der eigenen Politik eingeholt wird. Zu lange hat man

den IS gewähren lassen. Und es war ganz offensichtlich unklug, den Friedensprozess mit den Kurden aufzugeben. Wir als SPD fordern schon lange, ihn endlich wieder aufzunehmen. Als Berichterstatterin meiner Fraktion begrüße ich die offizielle Versöhnung zwischen der türkischen Regierung und Israel und die Annäherung zwischen der Türkei und Russland in dieser Woche.



## Glyphosat-Wiedezulassung missachtet Vorsorgeprinzip

Es ist mehr als **bedauerlich**, dass nach langem Hin und Her die **EU-Kommission** eine **18-monatige Verlängerung** des Unkrautvernichters **Glyphosat** zugelassen hat.

Es gibt große Zweifel an der gesundheitlichen Unbedenklichkeit von Glyphosat. Darum hatte es zuvor **keine qualifizierte Mehrheit der Mitglied-**

**staaten** für eine Verlängerung gegeben. **Deutschland hat sich auf Druck der SPD-Minister zumindest enthalten.**

Die Entscheidung der Kommission aber **widerspricht klar dem Vorsorgeprinzip.** Danach darf nur zugelassen werden, was zweifelsfrei nicht gesundheitsschädlich ist. Darauf

müssen sich die Bürger\*innen verlassen können. Das **Umweltministerium** sieht die Wiedezulassung wegen seiner Auswirkungen auf die **biologische Vielfalt** sehr kritisch.

Gerade jetzt wäre es wichtig, dass die **EU-Kommission die Bedenken ernst** nimmt und keine selbstherrlichen Entscheidungen herbeiführt.

## Brexit und seine Folgen: Jetzt die richtigen Fragen stellen!

Nach dem erschreckend deutlichen Votum für den Austritt des Vereinigten Königreiches („Brexit“) aus der Europäischen Union gebe ich euch eine Einschätzung von uns Europapolitiker\*innen aus der Fraktion über die Bedeutung des „Brexit“ für die weitere Entwicklung der EU und der Beziehungen zu Großbritannien.

**Die Entscheidung Großbritanniens ist die autonome Entscheidung eines Landes, seine Probleme nicht gemeinsam mit der EU, sondern alleine zu lösen. Der Brexit ist nicht das Problem der Europäischen Union und stellt diese nicht infrage. Nationalisten werden es nicht schaffen, den Kontinent zu spalten.**

Kurzfristig überwiegt die Bestürzung. Nach den Großkrisen der letzten wenigen Jahre (Finanz- und Bankenkrise, Ukraine, Grexit-Gefahr) muss die Europäische Union eine weitere – in diesem Fall von der politischen Führung eines Mitgliedstaates selbstverschuldete – dramatische Zuspitzung bestehen. Das **Referendum** ist aus dem innerparteilichen Konflikt der britischen Konservativen entstanden und der Unfähigkeit ihres Vorsitzenden David Cameron. Er hatte versucht, den EU-kritischen und EU-feindlichen Kräften die Stirn zu bieten. Mit einem parteiinternen Konflikt hat er ein ganzes Land gespalten. Viel zu spät hat Premierminister Cameron begonnen, sich für die Europäische Union einzusetzen. Er hat nun angekündigt, nur noch bis Oktober Regierungschef zu bleiben. **Wir als SPD halten die Politik des Abwartens für falsch.** Wir fordern, zügig Konsequenzen zu ziehen. Es ist zu spät, wenn erst Camerons Nachfolger\*in den Austrittsprozess formal einleitet.

Die Austrittsverhandlungen sind zügig und konsequent zu führen. Spätestens dann wird nicht nur Großbritannien einen Realitätsschock erleben. Die EU ist eben nicht nur der Gegenstand für Spott, Häme und Überheblichkeit, so wie viele „leave“-Vertreter polemisiert haben. Die EU ist vielmehr die Basis für den Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten, öffnet Konsumenten und Unternehmern einen enormen Binnenmarkt und gibt den Menschen die Freiheit, zu leben, zu lernen, zu arbeiten oder ihren Ruhestand zu genießen, wo immer sie wollen.

**Gegenstand der Verhandlungen**

SPD  
**WENN DAS EUROPÄISCHE HAUS  
 BRENNT, MACHEN SICH DIE  
 POPULISTEN VOM ACKER.**

Katarina Barley

#FARAGE

**ist der Austritt des Vereinigten Königreiches.** Es wird weder Nachverhandlungen geben noch einen bevorzugten Zugang des Landes zu den Vorteilen der Europäischen Union.

Wir bedauern zutiefst den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union, respektieren aber diese Entscheidung. Die Austrittsverhandlungen müssen schnellstmöglich beginnen, um Klarheit zu schaffen und die EU zügig vom Ballast dieser Debatten zu befreien. **Wir werden diese Verhandlungen kritisch begleiten und darauf achten, dass dem Vereinigten Königreich keine Mitgliedschaft „light“ mit bevorzugtem Zugang zum Binnenmarkt ohne den dazugehörigen Pflichten gewährt wird.**

Jegliche Drohung mit Austrittsreferenden ist hochgefährlich. Sie taugt

nicht als Mittel, um Zugeständnisse zu erpressen. Wer mit Austritt droht, wird damit nichts erreichen – außer der Spaltung seines Landes – und riskiert den Verlust der Mitgliedschaft.

**Klischees, falschen Behauptungen, Irreleitung und Hetze müssen wir uns noch energischer entgegen stellen.** Vernunft und Fakten dürfen nicht auf der Strecke bleiben.

**Wir alle müssen sorgfältiger mit den europäischen Institutionen umgehen.** Wer ihnen die Verantwortung für Probleme zuschiebt, etwa um von eigenen innerstaatlichen Versäumnissen abzulenken, stärkt die Europa-Gegner und gefährdet die Akzeptanz der Europäischen Union als Friedens- und Wohlstandsgemeinschaft.

Langfristig wird die Europäische Union politisch wie wirtschaftlich den Austritt verkraften.

Mehr Sorgen muss man sich um die Zukunft des Vereinigten Königreichs machen.

**Wirtschaftlich**, weil das Ausscheiden das Wachstum dauerhaft behindern wird.

**Sozial**, weil angesichts des ohnehin hohen Defizits und ohne die sozialen Schutzrechte der EU die Arbeitnehmer\*innen die Hauptlast der Krise tragen werden.

Und **politisch**, weil das Land quer durch die Gesellschaft in Vertreter der „leave“- und „remain“-Lager gespalten ist. Seine politische Führung wird gelähmt werden durch innerparteiliche Grabenkämpfe, insbesondere bei den regierenden Konservativen. Sogar eine Abspaltung des EU-freundlichen Schottlands erscheint möglich.

**Es ist jetzt an der Zeit, die richtigen Fragen zu stellen, auch wenn nicht für alles bereits eine Antwort parat sein wird.**



## Sexismus die Rote Karte zeigen

Leider hat die Diskussion über das Geschlechterverhältnis - sprich: Sexismus – in unserer Gesellschaft erst nach den Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht wieder Fahrt aufgenommen. Daher war es sinnvoll, die Debatte „Sexismus die Rote Karte zeigen - Für einen bundesweiten Aktionsplan“ auf die Tagesordnung zu setzen.

In meiner Rede habe ich betont, dass uns die Zuwanderung alle vor neue Aufgaben stellt. Für die Frauen- und Gleichstellungspolitik in Deutschland bedeutet dies, dass Menschen, die zu uns kommen, von Anfang an erfahren, dass bei uns alle Geschlechter gleichberechtigt sind.

Sexismus und sexualisierte Gewalt sind in Deutschland aber keine neuen Probleme, die von anderen importiert wurden. Leider haben erst die Ereignisse der Silvesternacht manch eine\*n zum Um- und Nachdenken gebracht. Zuvor waren es allzu oft eben genau jene, die den

Kampf für eine selbstbestimmte Sexualität mit vermeintlich lockeren Sprüchen, wie „Stell` dich nicht so an“ abgetan haben.

Die SPD steht für eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik. Wir haben in einem Vorstandsbeschluss das Jahr 2016 zum Jahr für die Frauen erklärt. Folgende Punkte sind uns dabei besonders wichtig:

- Gerechtigkeit in der Arbeitswelt schaffen. Das heißt, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen und soziale Berufe aufzuwerten.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.
- Frauen im Beruf und in der Wirtschaft stärken.
- Frauen vor Gewalt schützen.
- Frauenrechte international stärken.
- Respekt im Alltag verschaffen, Geschlechterbild modernisieren.

Zum letzten Punkt möchte ich gerne noch ausführen, dass ich es begrüße, ein Gesetz zu erarbeiten, dass sexistische Werbung verbietet. Wer hier „Bevormundung“ oder „Geschmackspolizei“ schreit, hat nicht verstanden, worum es geht. Denn Werbung beeinflusst nicht nur das Kaufverhalten, sondern auch das Selbstbild von Männern, Frauen und insbesondere von Heranwachsenden. Wir wollen, dass Mädchen und Jungen respektvoll miteinander aufwachsen und umgehen lernen und dass Gleichberechtigung für sie selbstverständlich wird. Auch rassistische Werbung ist ja nicht akzeptabel. Warum also soll sexistische Werbung weiterhin hingenommen werden?



## „Nein heißt Nein!“ - mehr Schutz vor sexueller Gewalt

Diese Woche haben wir – endlich – inakzeptable rechtliche Schutzlücken im Sexualstrafrecht geschlossen. Diese Neufassung der §§ 177 und 179 haben Frauen im Maximaltempo durchgesetzt, wie Bundesjustizminister Heiko Maas betonte. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gilt nun uneingeschränkt, auch innerhalb einer Beziehung oder im häuslichen Bereich. Es ist gut, dass letztlich auch die Union bereit ist, gemeinsam mit uns die notwendigen Änderungen im Strafrecht anzugehen. Hiermit gehen wir einen wichtigen Schritt, damit Frauen in unserer Gesellschaft nicht als Sexualobjekte betrachtet werden.

Künftig gilt der Grundsatz „Nein heißt Nein“. Damit knüpfen wir an die Vorgaben des Übereinkommens

des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) an. Jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung wird nun unter Strafe gestellt.

Klingt wie eine Selbstverständlichkeit, war es aber bislang nicht. Dabei ist es ganz einfach: Wenn du mir einen Tee anbietest und ich lehne ab, dann lässt du es gelten. Ich muss mich nicht wehren. Auch wenn ich letzte Woche gerne Tee trank, so wirst du heute mein „Nein“ anspruchslos hinnehmen. Und wenn ich betrunken bin oder schlafe, dann will ich sowieso keinen Tee. Auch das verstehst du. Und ganz genauso ist es mit jeder sexuellen Handlung. Nein heißt Nein!

Das bedeutet: Kein\*e Täter\*in kommt mehr ungeschoren davon, nur weil das Opfer starr vor Angst oder aus Furcht vor weiteren Verletzungen keinen körperlichen Widerstand leistet. Jede sexuelle Handlung gegen den Willen des Opfers wird unter Strafe gestellt. Auch werden Straftaten aus Gruppen heraus, wie etwa in der vergangenen Silvesternacht in Köln, künftig besonders strafrechtlich erfasst. Niemand wird zufällig zum Gruppentäter. Entweder distanziert man sich oder man stellt sich schützend vor das Opfer. Ebenso wird das oft verharmloste „Grapschen“ nun strafrechtlich erfasst. Dieses Gesetz ist ein echter Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht und längst überfällig. Im Übrigen werden so auch Männer vor sexueller Gewalt geschützt.

## Verbindliche Regeln für Integration geschaffen

Mit dem **Integrationsgesetz**, das wir diese Woche verabschiedet haben, werden **erstmalig verbindliche Regeln für Integration** in Deutschland geschaffen. Das Gesetz **verbessert die Angebote zum Spracherwerb** und die SPD hat dafür gesorgt, dass **eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt gefördert wird**.

Gleichzeitig fordert das Gesetz die **aktive Beteiligung** an diesen Angeboten ein. **Die Integration auf dem Arbeitsmarkt ist einer der Kernpfeiler für gesellschaftliche Integration**. Das Gesetz sieht daher ein Bündel von Maßnahmen vor, um die rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen:

1. Für einen schnellen und sinnvollen Beschäftigungseinstieg legt **der Bund ein Arbeitsmarktprogramm für 100.000 zusätzliche, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten** für Asylsuchende auf.
2. Die **Förderung der Berufsausbildung** wird gezielter ausgestaltet. **Ausbildungsbegleitende Hilfen**, die **assistierte Ausbildung** und **berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen** sollen je nach Zielgruppe früher als bisher zur Verfügung stehen und die Berufsausbildungsbeihilfe und das Ausbildungsgeld zum Teil erstmalig geöffnet werden.
3. Wird die **Vorrangprüfung befristet** für drei Jahre bei Asylsuchenden sowie bei Geduldeten ausgesetzt. Die Bundesländer bestimmen dabei selbst, in welchen Arbeitsagenturbezirken die Regelung abhängig von der Arbeitsmarktlage zum Tragen kommt.
4. Es soll **Rechtssicherheit für Flüchtlinge in Ausbildung** und die auszubildenden Betriebe geben: Der **Aufenthaltsstatus von geduldeten Auszubildenden** in schulischer und betrieblicher Ausbildung wird so geregelt, dass eine **Duldung für die**

**Gesamtdauer der Ausbildung** gelten wird. Bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei weitere Jahre erteilt (sog. „3+2-Regel“). Die derzeit hierfür gültige **Altersgrenze von 21 Jahren** wird **aufgehoben**.

5. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens konnten wir durchsetzen, dass bei einem **Ausbildungsabbruch die Duldung einmalig zur Suche eines neuen Ausbildungsplatzes um sechs Monate verlängert** wird.

6. Um den **raschen Spracherwerb** besser zu fördern, erleichtert das Gesetz den Zugang zu Integrationskursen für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive. Unter Beibehaltung der Sprachkurseanteile soll die Wertevermittlung in den Integrationskursen **von 60 auf 100 Unterrichtseinheiten** aufgestockt werden.

7. Die **Wartezeiten** sollen bis zum Zustandekommen eines Integrationskurses **von bisher drei Monaten auf sechs Wochen verkürzt werden**. Kursträger sind zudem künftig verpflichtet, ihr Kursangebot sowie freie Kursplätze zu veröffentlichen. Das Gesetz sieht gleichzeitig Anreize für einen schnellen Erwerb der deutschen Sprache und die frühe Eingliederung in den Arbeitsmarkt vor.

8. Die Kriterien zur **Erteilung des Daueraufenthaltsrechts** sollen **künftig gestaffelt** werden. Anstrengungen beim Spracherwerb und bei der Integration in den Arbeitsmarkt sollen sich lohnen.

9. Die Anforderungen an die Integrationsleistungen berücksichtigen jedoch die besondere Situation von Flüchtlingen und sind nicht mit denen der Arbeitsmigration gleichzusetzen.

**Bereits nach drei Jahren wird Flüchtlingen eine Niederlassungserlaubnis** erteilt, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen (Sprachniveau C1) **und ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst sichern**.

10. Nach **fünf Jahren** erhalten Flüchtlinge eine Niederlassungserlaubnis, wenn sie neben weiteren Kriterien hinreichende deutsche Sprachkenntnisse (Sprachniveau A2) vorweisen und ihren Lebensunterhalt überwiegend sichern. In Härtefällen wird von diesen Voraussetzungen abgesehen.

11. Mit der Einführung einer **befristeten Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende** soll den Bundesländern die Möglichkeit gegeben werden, die **Verteilung von Schutzberechtigten besser zu steuern**.

12. Wer eine **Berufs- bzw. Hochschulausbildung** oder eine **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Umfang von mindestens 15 Stunden wöchentlich** aufnimmt, die den durchschnittlichen Bedarf einer Einzelperson in der Grundsicherung für Arbeitsuchende für Regelbedarf und Kosten der Unterkunft deckt, ist **von der Wohnsitzzuweisung ausgenommen**.



Schön, dass ihr mich besucht habt. Schön, dass ihr euch ehrenamtlich engagiert in den Asylhelferkreisen vor Ort!

### EEG-Novelle 2017: Kostenanstieg bremsen, Ausbau planvoll steuern

Diese Woche wurde die **EEG-Novelle 2017** in 2./3. Lesung im Bundestag beraten. **Die Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien wollen wir verstetigen** und ihre **Weiterentwicklung für alle Akteure verlässlich** gestalten.

In der aktuellen Novelle geht es darum, den **weiteren Kostenanstieg zu bremsen**, den **Ausbau planvoll zu steuern** und die **Erneuerbaren Energien weiter an den Markt heranzuführen**.

#### Zwei Kernvorhaben prägen die Novellierung:

Zum einen soll die **Einspeisevergütung für Strom** aus Erneuerbare-Energien-Anlagen zukünftig **wettbewerblich durch Ausschreibungen** ermittelt werden. Dabei wird das EEG 2017 für **Bürgerenergiegesellschaften** die Teilnahme an Ausschreibungen für Onshore-Windprojekte erleichtern.

Zum anderen wird der **Ausbau der Erneuerbare-Energien-**

**Anlagen stärker mit dem Netzausbau synchronisiert** werden. Auf der Grundlage eines **novellierten Referenzertragsmodells** sollen zukünftig die weniger windhäufigen, aber wirtschaftlich ertragreichen Standorte mit Blick auf die Ertragssituation eine **vergleichbar hohe Prämie erhalten** wie Anlagen an windreichen Standorten. Damit sollen der **Ausbau gleichmäßiger im Bundesgebiet** verteilt und die **Übertragungsnetze entlastet** werden.

### Interview mit Katarina Barley - Wandel positiv gestalten

**Drei Fragen an die SPD-Generalsekretärin Dr. Katarina Barley, MdB:**

**DS:** Katarina, wir waren ja zu Beginn der Legislaturperiode zusammen im Europa-Ausschuss. Was ist dir an Europa auch persönlich so besonders wichtig?

**Katarina:** Meine Kinder haben vier Großeltern aus vier europäischen Ländern, die über Jahrhunderte viele Kriege gegeneinander geführt haben. Mir ist das Thema sehr ernst: Ich möchte nicht sehen, dass meine Kinder oder irgendjemand von uns wieder in einer Welt leben muss, wo sich Staaten gegeneinander aufstellen. Und dafür brauchen wir eine **starke Europäische Union**.

**DS:** Du hast kürzlich im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel in Deutschland von drei großen Umbrüchen gesprochen. Welche Bereiche meinst du?

**Katarina:** Die großen Umbrüche finden in der Arbeitswelt, in der Digitalisierung und in der Familie statt. Als SPD wollen wir diesen **Wandel positiv gestalten** und die richtigen Antworten auf neue Fragen geben: Es ist nicht fair, dass von manchen Angestellten verlangt wird, immer erreichbar zu sein; es ist auch nicht fair, dass es Dörfer ohne Breitbandanschluss gibt und dass Alleinerziehende immer noch Kinder und Beruf nicht zusammenbringen können.

**DS:** Und so wie ich dich kenne, ist "Europa" ein weiteres zentrales Thema, das dich bewegt und in das wir noch viel mehr Herzblut hineingeben müssen.

**Katarina:** Ja. Darüber hinaus liegen mir die Themen Integration und Familie besonders am Herzen. Auch hier muss politisch vieles zusammen gedacht werden, weil es zusammen gehört. Sei es bei Kita-Ausbau, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder bezahlbaren Mieten in Großstädten. **Wir können den gesellschaftlichen Wandel nur meistern**, indem wir Themen verknüpfen und uns ganz konkret am Alltag der Menschen und ihren Wünschen orientieren.

## Fracking-Verbot

Wir haben im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, **dass Fracking, wie es in den USA praktiziert wird, verboten**. Herkömmliche Erdgasförderung wird mit einem umfassenden Bundesgesetz sehr viel strenger als bisher reguliert.

Nach langen und intensiven Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner ist es uns gelungen, **das Fracking-Verbot** durchzusetzen. Das ist das Gegenteil dessen, was viele in der Union wollten.

**Forschungsvorhaben** werden nur unter strengen Auflagen an maximal **vier Stellen** und **nur mit Zustimmung der jeweiligen Landesregierung** erlaubt.

Allein der **Deutsche Bundestag** kann **das Verbot** mit einem neuen Beschluss **aufheben**. Das ist mehr als ein Parlamentsvorbehalt – **das ist ein unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking**.

Für die SPD war immer klar: **Trinkwasser- und Wasserschutz sind nicht verhandelbar!** Diese Prämisse haben wir mit dem Gesetz umgesetzt.

Wir haben Wort gehalten: Die **Gesundheit der Menschen** und der **Schutz des Trinkwassers** haben **absolute Priorität vor wirtschaftlichen Interessen**.

Wir **schaffen Rechtssicherheit** für die betroffenen Bürger\*innen, für die Unternehmen und für die Behörden.

Sämtliche **Umweltstandards**, die das seit den 1960er Jahren betriebene konventionelle Fracking betreffen, **werden massiv verschärft. Damit werden Mensch und Umwelt wirksam geschützt**.

Unterm Strich steht fest:

Die Auflagen für die Erdgasförderung in Deutschland werden strenger.

**Wir setzen die stärksten Standards der Welt.**

**Auf diesen Erfolg können wir stolz sein.**

## Mandat zur Schleuserbekämpfung ausweiten

**EUNAVFOR MED** ist ein wichtiges Element innerhalb der **Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschen-smuggel- und Menschenhandelsnetzwerke** im südlichen und zentralen Mittelmeer. Im Oktober 2015 beschloss der Deutsche Bundestag die Beteiligung an der Operation EUNAVFOR MED. **Deutschland hat sich mit einem signifikanten Beitrag an der Seenotrettung und**

**der Unterbindung des Menschenhandels beteiligt. Das Mandat soll erweitert werden, um in internationalen Gewässern Waffenlieferungen an Terrororganisationen wie den IS zu verhindern.** Darüber hinaus soll die libysche Regierung beim Aufbau einer Küstenwache unterstützt werden.

Bei aller Notwendigkeit, **Krisenprävention weiter zu denken** – drei

Grundsätze deutscher Außenpolitik bleiben unverändert:

1. **Primat des Zivilen und des Dialogs**
2. **Vorrang von Prävention**
3. **Orientierung auf langfristige Friedensförderung**

**Deutsche Außenpolitik ist und bleibt Friedenspolitik.**

## CETA nicht ohne Zustimmung der nationalen Parlamente



Für uns in der SPD war immer klar, dass das Freihandelsabkommen CETA nicht ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages erfolgen kann. **Das ist für die SPD-Bundestagsfraktion nicht verhandelbar.** Es handelt sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen, weil es auch die nationalen Zuständigkeiten betrifft. Dies haben die EU-

Handelsminister in ihrem Beschluss vom 13. Mai ausdrücklich bestätigt.

Es ist erfreulich, dass dies nun auch die EU-Kommission so sieht. **Gerade nach dem Brexit ist es wichtig**, dass die Europäische Kommission in solch wichtigen Fragen nicht mit der Brechstange an den nationalen Parlamenten vorbei agiert. Nur so kann sie **Akzeptanz und Legitimität** für ihre Entscheidungen erreichen.



### Digitale Hochgeschwindigkeitsnetze ausbauen

Das Ziel des in dieser Woche verabschiedeten Gesetzes zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG) ist es, die Kosten für den Auf- und Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze zu senken. Das Gesetz ermöglicht die kostensenkende Nutzung bereits existierender passiver Netzinfrastrukturen (z.B. Leerrohre, Leitungsrohre, Einstiegsschächte).

Vorhersehbare Mitnutzungspreise durch die Entscheidungen einer zentralen Streitbeilegungsstelle schaffen hier Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Daneben erleichtert das DigiNetzG, den gleichzeitigen Ausbau von Glasfaserleitungen bei öffentlich finanzierten Bauarbeiten an Verkehrswegen sowie bei der Erschließung von Neubaugebieten.



### Lohngleichheit: Frauen verdienen 100 %

Obwohl die Entgeltgleichheit seit über fünf Jahrzehnten geltendes Recht ist, sieht die Realität anders aus: Nach wie vor klafft eine Lohnlücke zwischen den Geschlechtern. Aktuell erhalten Frauen im Durchschnitt rund 21 Prozent weniger Lohn oder Gehalt als Männer. Ohne gesetzliche Maßnahmen wird sich daran nichts ändern. Ich unterstütze deshalb Bundesministerin Manuela Schwesig in ihrem Vorhaben für das Lohngleichheitsgesetz.

Das Schließen der Lohnlücke ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Anerkennung. Bereits Ende 2015 hat Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig einen Gesetzentwurf zur

Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen erarbeitet. Ziel ist es, durch mehr Transparenz die Voraussetzung für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern zu schaffen. Viele Frauen wissen nicht, dass sie schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen, oder sie können dies nicht nachweisen. Wir wollen ungleiche Bezahlung aufdecken und beseitigen.

Schwesigs Entwurf wird allerdings seit Monaten von der Union blockiert. Auch weitere Entscheidungsträger in unserer Gesellschaft tun

sich damit schwer und oft erfahren Berufstätige nur durch Zufall, dass „sie“ weniger als „er“ verdient.

Wenn Kind und Pflege nicht nur Privatsache sind, dann muss hier sowohl bei der beruflichen Entlohnung als auch bei der Entlastung berufstätiger Frauen viel mehr Verständnis aufgebracht werden und mehr staatliche Verantwortung stattfinden können. Die Union würde mit ihren Forderungen nach einer Einschränkung des Auskunftsanspruchs 25 Millionen Arbeitnehmer\*innen von dem individuellen Auskunftsrecht ausnehmen. Das können wir nicht akzeptieren.

### Agrarstruktur verbessern

Mit dem Regierungsentwurf des neuen GAK-Gesetzes ("Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"), das wir diese Woche abschließend beraten haben, soll das Förderspektrum von agrarbezogenen Maßnahmen erstmals auf Maßnahmen für die ländliche Entwicklung nach der Förderkulisse des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen

Raums (ELER) ausgeweitet werden.

Durch die zusätzlichen Fördermöglichkeiten für Infrastruktur und Kleinstbetriebe soll die vorhandene Infrastruktur in ländlichen Räumen besser genutzt und ihre wirtschaftliche Tragkraft verbessert werden. Profitieren sollen vor allem Regionen, in denen besondere An-

strengungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge erforderlich sind. Notwendig ist jedoch noch eine Verwaltungsvereinfachung bei der Anmeldung der Maßnahmen für den Rahmenplan.

Wir sehen uns daher in unseren Forderungen, die auch der Bundesrat unterstützt, bestätigt.





**Besuch im Deutschen Bundestag  
der „Schule im Taubertal“**

[www.schule-im-taubertal.de](http://www.schule-im-taubertal.de)



**Besuch im Krankenhaus Hardheim**

[www.khv-ha-wa.de](http://www.khv-ha-wa.de)



**Im lettischen Außenministerium mit der Deutsch-  
Baltischen Parlamentariergruppe in Riga**



**Preisverleihung Bundeswettbewerb kommunale  
Suchtprävention – „Wer ist hier die Flasche?“**



**Besuch der KZ-Gedenkstätte Neckarelz**

[www.kz-denk-neckarelz.de](http://www.kz-denk-neckarelz.de)



**Mit dem SPD OV Wertheim auf dem Marktplatz**

[www.spd-wertheim.de](http://www.spd-wertheim.de)

 SPD Wertheim





**Berufsinformationstag am  
Beruflichen Schulzentrum Wertheim**

[www.bsz-wertheim.de](http://www.bsz-wertheim.de)



**Amtseinführung von Julian Stipp  
als Bürgermeister von Salach**

[www.salach.de](http://www.salach.de)



**Europafest bei MdEP Evelyne Gebhardt  
in Künzelsau**

[www.evelyne-gebhardt.eu](http://www.evelyne-gebhardt.eu)



**Mit der Schirmherrin des  
Müttergenesungswerks Daniela Schadt**

[www.muettergenesungswerk.de](http://www.muettergenesungswerk.de)



**„Mit Fußball gegen Rassismus“  
in der ver.di Bildungsstätte Mosbach**

[www.bst-mosbach.verdi.de](http://www.bst-mosbach.verdi.de)



**Besuch der Lehrstellenbörse ÜAB in Buchen**

[www.ueab-buchen.de](http://www.ueab-buchen.de)



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein Team und ich gern zur Verfügung:

**Dr. Dorothee Schlegel, MdB**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Paul-Löbe-Haus 5.133  
Tel.: 030 227 74846  
Fax: 030 227 76845

**Wahlkreisbüro  
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3  
74821 Mosbach  
Tel.: 06261 937 32 22  
Fax: 06261 937 32 23

**Wahlkreisbüro  
Main-Tauber**

Marienstr.1  
97922 Lauda-Königshofen  
Tel: 09343 589 68 16  
Fax: 09343 589 13 48

[dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de](mailto:dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de)

Ralph Hornung  
Nicole Nobel  
Hilda Löser-Schäfer  
Naile Sulejmani-Hoppe

[dorothee.schlegel@bundestag.de](mailto:dorothee.schlegel@bundestag.de)

Johannes Gamer  
Silke Pachal

[dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de](mailto:dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de)

Renate Gaul



**BERLINER NOTIZEN**

[www.dorothee-schlegel.de](http://www.dorothee-schlegel.de)  
[www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd](https://www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd)